



Aus der Fraktion

Presseerklärung der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu einem Yad Vashem Education Center in NRW

„Wir brauchen Orte, die berühren, aufklären und Haltung stärken“

Nordrhein-Westfalen soll die erste Außenstelle des Holocaust-Bildungszentrums Yad Vashem werden – darum bewirbt sich das Land derzeit. Die Gedenkstätte in Jerusalem will ein Education Center in Deutschland einrichten, das erste weltweit außerhalb Israels. Mit einem gemeinsamen Antrag, der am Donnerstag im Landtag beschlossen wurde, unterstützen die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP das Vorhaben des Landes. Dazu erklären **Daniel Hagemeier**, Sprecher im Hauptausschuss für die CDU-Fraktion, **Elisabeth Müller-Witt**, stv. Vorsitzende der SPD-Fraktion, **Verena Schäffer**, Vorsitzende und Sprecherin im Hauptausschuss der Grünen Fraktion, und **Dirk Wedel**, Sprecher im Hauptausschuss für die FDP-Fraktion:

Daniel Hagemeier: „Ein Yad Vashem Education Center in NRW wäre mehr als ein Bildungsprojekt. Es wäre ein Zeichen unserer Verantwortung, unserer Erinnerung und unserer Freundschaft. Mitten in Europa gelegen, mit einer lebendigen Bildungs- und Gedenkstättenlandschaft sowie der größten jüdischen Gemeinschaft Deutschlands, bietet NRW ideale Voraussetzungen. Es trifft bereits jetzt nicht nur auf breite Unterstützung in der Politik, sondern auch in Zivilgesellschaft und Religionsgemeinschaften. Wir brauchen Orte, die berühren, aufklären und Haltung stärken – denn antisemitische Vorfälle nehmen zu und historisches Wissen schwindet.“

Elisabeth Müller-Witt: „Das Yad Vashem Education Center in NRW würde eine hervorragende Bereicherung unserer schon vielfältigen Aufarbeitungs- und Gedenkstättenarbeit darstellen. Damit ermöglicht man insbesondere jungen Menschen eine neue Form der Auseinandersetzung mit den Unrechtstaten des Nationalsozialismus und allen Phänomenen des Antisemitismus auf der Höhe der Zeit. Schon Willy Brandt als erster deutscher Regierungschef besuchte im Jahre 1973 die Gedenkstätte in Israel und erkannte die herausragende Arbeit von Yad Vashem.“

Verena Schäffer: „Die Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen wachzuhalten und Antisemitismus entgegenzuwirken, liegt in unserer Verantwortung. Die Zunahme antisemitischer Vorfälle in Deutschland ist absolut beschämend. Auch vor diesem Hintergrund ist das Yad Vashem Education Center in Deutschland eine wichtige Chance, die Bildungs- und Erinnerungsarbeit sowie die Bekämpfung des Antisemitismus weiterzuentwickeln und zu stärken. Nordrhein-Westfalen ist aufgrund der engen Kontakte zu

Israel, den Städtepartnerschaften sowie der dichten Bildungs-, Forschungs- und Gedenkstättenlandschaft ein idealer Standort für das Yad Vashem Education Center.“

Dirk Wedel: „Ein Yad Vashem Education Center ist eine große Chance zur Stärkung der Erinnerungskultur und der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen sowie für die Vertiefung unserer guten Beziehungen zu Israel. Während Antisemitismus in unserer Gesellschaft immer weiter zunimmt, ist ein solches Bildungszentrum ein umso wichtigerer Anker gegen Geschichtsvergessenheit und für unsere freiheitliche Demokratie.“

Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

„Wir stärken unsere Demokratie“

Wir erhöhen die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung. Im Zuge der Haushaltsberatungen haben die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gemeinsam entsprechende Änderungsanträge zum Haushalt 2026 eingebracht. Dazu erklären **Daniel Hagemeier**, Sprecher im Hauptausschuss für die CDU-Fraktion, **Elisabeth Müller-Witt**, stv. Vorsitzende der SPD-Fraktion, **Verena Schäffer**, Vorsitzende und Sprecherin im Hauptausschuss der Grünen Fraktion, und **Dirk Wedel**, Sprecher im Hauptausschuss für die FDP-Fraktion:

„Politische Bildung ist für eine lebendige Demokratie essenziell. In Zeiten, in denen Demokratien überall auf der Welt unter Druck stehen und angegriffen werden, ist sie wichtiger denn je. Daher setzen wir ein klares Signal und stärken die Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen. Mit der bereits beschlossenen gesetzlichen Änderung wird die Landeszentrale zum 1. Januar 2026 zum Landtag wechseln. Die Neuaufstellung der Landeszentrale verankert die politische Bildung noch tiefer in unserem demokratischen Gemeinwesen – beim Landtag selbst. Im Zuge dessen stärken wir die Landeszentrale sowie auch wichtige Projekte in der politischen Bildung und der Präventionsarbeit. Damit stehen für das Haushaltsjahr 2026 insgesamt mehr als 2,6 Millionen Euro zusätzlich für diese wichtige Arbeit bereit. So wird nicht nur der geplante Umzug zum Landtag begleitet, sondern auch eine gezielte Förderung demokriestärkender Projekte ermöglicht. Mehr als 1,1 Millionen Euro fließen in Sachmittel für die Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus, für die Demokratiewerkstätten sowie für Prävention gegen Antisemitismus und gegen Islamismus. Außerdem erhöhen wir die Verpflichtungsermächtigung für den Ausbau der Gedenkstätte Stalag 326 zum Lern- und Erinnerungsort auf 16 Millionen Euro für die kommenden Jahre. Mit den zusätzlichen Mitteln setzen die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP ein klares Signal: Politische Bildung ist ein Grundpfeiler unserer wehrhaften und lebendigen Demokratie – und ihre Stärkung ist eine Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt unseres Landes.“



Martin Lucke (CDU) und Robin Korte (Grüne)
„Wir unterstützen die Vereine in Nordrhein-Westfalen“

Vereine, gemeinnützige Organisationen und die in ihnen organisierten Menschen schaffen durch ihr ehrenamtliches Engagement Orte und Möglichkeiten zur Begegnung. Sie tragen so zu unserem gesellschaftlichen Zusammenhalt bei und schaffen wichtige Bausteine unserer Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Mit der Weiterentwicklung der Heimatförderung unterstützen wir unsere Vereine gezielt. Den Antrag „Identitätsstiftende Strukturen erhalten, Gemeinschaft fördern, Ehrenamt entlasten“ der Fraktionen von CDU und Grünen hat der Landtag an diesem Dienstag beschlossen. Dazu erklären **Martin Lucke**, Sprecher für Heimat und Kommunales der CDU-Landtagfraktion, und **Robin Korte**, Sprecher für Kommunalpolitik der Grünen Landtagsfraktion:

Martin Lucke: „Nordrhein-Westfalen ist ein Land des Ehrenamts. Wir schreiben die erfolgreiche Heimatförderung nicht fort, sondern entwickeln sie weiter – zum Beispiel, indem wir Vereine und besonders die Freiwilligen Feuerwehren bei Baumaßnahmen unterstützen. Wir wollen, dass Begegnungsorte vor Ort erhalten bleiben. Denn gerade im ländlichen Raum sichern Vereinsheime und Gerätehäuser nicht nur Gemeinschaft, sondern auch ein Stück öffentliche Infrastruktur – diese Verantwortung lassen wir die Ehrenamtlichen nicht allein tragen. Zugleich wollen wir die ehrenamtlichen Organisatoren von Festen bei den GEMA-Gebühren entlasten, damit diese Veranstaltungen auch in Zukunft offen, niedrigschwellig und von Musik geprägt bleiben. Als schwarz-grüne Koalition bekennen wir uns damit klar zu unserer Heimat, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu den Menschen, die sich Tag für Tag freiwillig für andere einsetzen.“

Robin Korte: „Um auch in einer herausfordernden Haushaltslage den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, entwickeln wir die NRW-Heimatförderung gezielt weiter. Denn Heimat ist vielfältig und wird von Menschen gestaltet und getragen. Deshalb stellen wir das ehrenamtliche Engagement von Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen in den Mittelpunkt und unterstützen unsere Vereine dabei, ihre Vereinsheime energetisch zu modernisieren, Energie zu sparen und Kosten zu senken. Besonders freue ich mich, dass wir das Programm ‚Starke Heimat‘ auch nutzen werden, um bei nicht-kommerziellen, ehrenamtlich getragenen Veranstaltungen die GEMA-Lizenzgebühren für Musik zu übernehmen. Damit entlasten wir die Veranstalter von Kosten und Bürokratie und stellen sicher, dass kleine und große Feste in unserem Land auch zukünftig stattfinden und so das gesellschaftliche Miteinander stärken können.“



Aus der Landesregierung

Philosoph Prof. Dr. Michael Moehler für Humboldt-Professur an Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität ausgewählt

Forscher derzeit an Virginia Tech in Amerika tätig

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Der international renommierte analytische Philosoph Prof. Dr. Michael Moehler ist für eine Humboldt-Professur an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (HHU) ausgewählt worden. Das gab die Alexander von Humboldt-Stiftung am Donnerstag, 27. November 2025, bekannt. Derzeit ist Moehler an der Virginia Tech in den USA tätig. Nun kann er mit der Humboldt-Professur – Deutschlands höchstdotiertem Forschungspreis – an die HHU wechseln.

Eine Humboldt-Professur wird mit bis zu fünf Millionen Euro gefördert. Bislang ging die Auszeichnung 32 Mal nach Nordrhein-Westfalen – das ist bundesweit Spitze.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Nordrhein-Westfalen gehört zu den attraktivsten Wissenschaftsstandorten weltweit. Dass erneut eine Humboldt-Professur an eine unserer Universitäten geht, zeigt, dass Spitzenforschung in Nordrhein-Westfalen zu Hause ist. Die Auswahl von Prof. Moehler freut mich ganz besonders, weil es ihm gelingt mit seinem interdisziplinären Ansatz Lösungen für Probleme unserer Gesellschaft zu entwickeln, die sowohl wirtschaftlich tragfähig und politisch umsetzbar sind als auch ethischen Ansprüchen genügen.“

Prof. Dr. Anja Steinbeck, Rektorin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (HHU): „Wir freuen uns sehr über die Auswahl von Professor Michael Moehler für eine Alexander von Humboldt-Professur. Der Studiengang Philosophy, Politics, and Economics (PPE) ist seit vielen Jahren ein profilbildender Bereich an der HHU. Eine Humboldt-Professur stärkt diesen Schwerpunkt und eröffnet zugleich neue Impulse für international sichtbare Forschung und Lehre. Wir sind stolz auf dieses Vertrauen in die wissenschaftliche Exzellenz unseres Standortes.“

Die Humboldt-Professur bringt internationale Spitzenkräfte an deutsche Hochschulen. Der Preis wird von der Alexander von Humboldt-Stiftung vergeben und vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt finanziert. Mit der Humboldt-Förderung wird eine langfristige Forschungsplanung für neue Teams von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gesichert. Entscheidend sind neben der herausragenden wissenschaftlichen Qualifikation der Kandidatinnen und Kandidaten die strategischen Konzepte der Hochschulen, die den Forscherinnen und Forschern und ihren Teams eine dauerhafte Perspektive in Deutschland bieten sollen.

Michael Moehler

In seiner Forschung prägt Moehler einen interdisziplinären Ansatz, der bei der Analyse der drängendsten gesellschaftlichen Herausforderungen ethische, politische und wirtschaftliche Dimensionen verbindet. An der HHU soll er mit seiner Expertise das Fachgebiet Philosophy, Politics, and Economics (PPE) ausbauen.

Zurzeit ist Michael Moehler in den USA tätig. Er ist dort Professor für Philosophy, Politics, and Economics an der Virginia Tech. Seine Promotion erreicht er an der London School of Economics. An der Virginia Tech baute er zehn Jahre das PPE-Programm auf und ist Gründungsdirektor des David H. Kellogg Center for Philosophy, Politics, and Economics. Während seiner Laufbahn hatte er zudem eine Gastprofessur an der University of North Carolina at Chapel Hill inne, war John Stuart Mill Visiting Chair of Social Philosophy an der Universität Hamburg und Faculty Fellow am Center for Ethics and Public Affairs der Tulane University. Für seine Forschungs- und Lehrtätigkeit erhielt er mehrere Stipendien, Auszeichnungen und Ehrungen.

Ministerin Scharrenbach: Neues Zuhause für alte Heimat – Verkaufsprozess für erste Immobilien in Erkelenzer Dörfer Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath startet

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung teilt mit:

Die Zukunftsgestaltung der fünf Erkelenzer Dörfer Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath startet in die nächste Entwicklungsphase. Nach dem Zukunftstag im Rheinischen Revier am 10. November 2025, bei dem die Stadt



Erkelenz einen ersten Förderbescheid über 14,3 Millionen Euro erhielt, werden nun weitere Schritte hin zu lebendigen Zukunftsdörfern umgesetzt.

In enger Abstimmung mit dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der Stadt Erkelenz werden jetzt die ersten 25 Immobilien aus dem Bestand von RWE Power in den fünf Erkelenzer Dörfern zum Verkauf angeboten.

Die Leitentscheidung „Meilenstein für den Klimaschutz, Stärkung der Versorgungssicherheit und Klarheit für die Menschen in der Region“ vom 19. September 2023 konkretisierte die Leitlinien für die Revitalisierung der fünf Dörfer in Erkelenz und die Ausgestaltung einer Vorkaufsoption für frühere Umsiedlerinnen und Umsiedler sowie deren Kinder.

Das Interessenbekundungsverfahren zur Vorkaufsoption in Erkelenz wurde am 20. März 2024 gestartet. Bis zum Fristende am 1. Juli 2024 haben 39 Umsiedlerinnen und Umsiedler ihr grundsätzliches Interesse zum Rückkauf bekundet. Bis November 2024 haben davon 18 ehemalige Eigentümerinnen und Eigentümer um die Erstellung eines Verkehrswertgutachtens gebeten. Diese Gutachten sind in der Zwischenzeit erstellt. Mit aktuell zehn Interessenten laufen noch Gespräche, sieben Interessenten haben bereits abgesagt. Ein Anwesen wurde im Rahmen der Vorkaufsoption inzwischen zurückverkauft.

Der gesamte Prozess zur Ausübung der Vorkaufsoption wird in Erkelenz voraussichtlich im ersten Quartal 2026 abgeschlossen sein.

Ab dem 28. November 2025 beginnt die Vermarktung von Immobilien an weitere Interessierte. Dann werden die Exposés der ersten Immobilien über gängige Online-Immobilienportale verfügbar sein. In den kommenden Jahren sollen auf diese Weise mehr als 500 Immobilien schrittweise auf den Markt gebracht werden. Die Stadt Erkelenz übernimmt im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit die federführende Steuerung der zukünftigen Entwicklung der fünf Dörfer sowie des gesamten Revitalisierungsprozesses.

„Neues Zuhause für alte Heimat: Wenn die ersten Wohngebäude gekauft werden und damit auch wieder mehr Leben in die Dörfer ziehen kann, ist der nächste wichtige Meilenstein für die Wiederbelebung der fünf Erkelenzer Dörfer erreicht. Mit viel



positiver Energie werden aus den ehemaligen Braunkohle-Dörfern Zukunftsdörfer. Sie sind damit ein wichtiges Symbol für den Wandel. Zusammen gestalten wir das „Rheinische Revier“, sagt Ina Scharrenbach MdL, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung.

Stephan Muckel, Bürgermeister Stadt Erkelenz: „Der Verkauf der ersten Anwesen ist ein weiterer wichtiger Schritt in der Zukunftsgestaltung auf Basis unseres städtebaulichen Entwicklungskonzepts. Ich freue mich auf alle Menschen, die gemeinsam mit uns die Identität und Zukunft der Ortschaften mitgestalten.“

Das im Mai 2025 vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, der Stadt Erkelenz und RWE vereinbarte Liegenschaftsmodell bildet die Grundlage für die Übertragung der Immobilien und die Umsetzung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts. Dessen Ziel ist es, die Identität der Dörfer zu bewahren und eine langfristig tragfähige Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Für die ehemaligen Kirchen in Keyenberg und Kuckum und die Kapelle in Berverath werden Nutzungskonzepte und Trägermodelle entwickelt. Ziel ist, die Baudenkmäler zu erhalten und für die Öffentlichkeit nutzbar zu machen. Außerdem wird die Stadt Erkelenz die sozialen, öffentlichen sowie technischen Infrastrukturen übernehmen und der Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler Liegenschaften für Entwicklungsvorhaben erwerben.

Informationen zu den angebotenen Immobilien finden Sie auf der [Webseite von RWE](#).

Hintergrund

- Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen ist landeseitig dafür zuständig, die Dörfer, die vom Bergbau nicht mehr in Anspruch genommen werden, zu revitalisieren. Dazu gehört neben den fünf Dörfern in Erkelenz Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath auch Morschenich-Alt (das heutige Bürgewald) in Merzenich.

- Im Auftrag des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen haben die beiden Landesgesellschaften „Perspektive.Struktur.Wandel“ und „Starke Projekte“ mit Akteuren der Stadt Erkelenz sowie des Zweckverbands LANDFOLGE Garzweiler die Leitlinien für die Wiederbelebung festgelegt. Die RWE Power AG unterstützt die Umsetzung des Entwicklungskonzepts für die fünf Erkelenzer Dörfer durch die gemeinsam abgestimmte Übertragung von Liegenschaften. Die Immobilien in Bürgewald (zuvor Morschenich-Alt) wurden bereits vollständig an die Gemeinde Merzenich übertragen.
- Zwischen Bund, Land und RWE erfolgte im Oktober 2022 die politische Verständigung, dass die sechs Dörfer nicht mehr bergbaulich in Anspruch genommen werden und RWE die Liegenschaften in den Orten dem Land Nordrhein-Westfalen, der Kommune oder einem von diesen beauftragten Dritten zur Entwicklung und Revitalisierung zu angemessenen Konditionen zur Verfügung stellt. Die Leitentscheidung „Meilenstein für den Klimaschutz, Stärkung der Versorgungssicherheit und Klarheit für die Menschen in der Region“ des Landes Nordrhein-Westfalen vom 19. September 2023 hat den landespolitischen Rahmen dafür gesetzt.
- Die Umsetzung des Entwicklungskonzepts der fünf Erkelenzer Dörfer fördert das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung auch finanziell. Ein erster Förderbescheid in Höhe von rund 14,3 Millionen Euro wurde der Stadt Erkelenz von Ministerin Ina Scharrenbach am 10. November 2025 übergeben. Die Stadt Erkelenz beantragt insgesamt Fördermittel in Höhe von 168 Millionen Euro für das Gesamtvorhaben.
- Bund und Land unterstützen die nachhaltige Transformation des Rheinischen Reviers im Zuge des Kohleausstiegs mit mehr als 14,8 Milliarden Euro. Das Land flankiert die Förderung aus Bundesmitteln mit eigenen Haushaltssmitteln. Bislang sind 492 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 2,35 Milliarden Euro bewilligt.

Fortschrittsbericht Ruhr-Konferenz 2024 – Chancenregion Ruhr ist keine Vision mehr, sondern gelebte Realität

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung teilt mit:

Das Landeskabinett hat den vierten Fortschrittsbericht der Ruhr-Konferenz beschlossen. Mit dem nun vorliegenden Bericht legt die Landesregierung den Sachstand zum Ende des Jahres 2024 vor. Die Zwischenbilanz fällt positiv aus: Von den 2018 erarbeiteten 73 Projektvorschlägen sind inzwischen 42 erfolgreich abgeschlossen, 16 weitere befinden sich in Umsetzung. 15 Projektvorschläge wurden nicht weiterverfolgt. In den abgeschlossenen Projekten der Ruhr-Konferenz konnten neue Grundlagen geschaffen und wertvolle Erfahrungen gesammelt werden, auf die in der weiteren Arbeit im Ruhrgebiet und darüber hinaus aufgebaut werden kann.

„Die Ruhr-Konferenz hat gezeigt, was möglich ist, wenn Kommunen, Land, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Viele Projekte sind inzwischen feste Bestandteile der regionalen Strukturentwicklung geworden und wirken über das Ruhrgebiet hinaus. Der neue Fortschrittsbericht macht deutlich: Die Chancenregion Ruhr ist keine Vision mehr, sondern gelebte Realität. Ob internationale Spitzenforschung oder Bildungschancen für Jugendliche – die Projekte der Ruhr-Konferenz machen das Ruhrgebiet fit für die Zukunft. Wichtig ist, dass aus Pilotprojekten dauerhafte Strukturen werden. Genau das gelingt uns an vielen Stellen bereits“, sagt Josef Hovenjürgen, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung.

Der Fortschrittsbericht zeigt anhand zahlreicher Beispiele, wie die Projekte der Ruhr-Konferenz die nachhaltige Entwicklung der Region vorantreiben – strukturell ebenso wie inhaltlich. Drei Projekte stehen besonders für die Bandbreite und die Zukunftsfähigkeit der Maßnahmen:

Research Alliance Ruhr – Spitzenforschung mit internationaler Strahlkraft

Mit der Research Alliance Ruhr hat die Universitätsallianz Ruhr ein leistungsstarkes Bündnis für internationale Spitzenforschung aufgebaut. In vier Research Centern und einem College arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum, der TU Dortmund und der Universität Duisburg-Essen gemeinsam zu zentralen Zukunftsthemen wie Datenuverlässigkeit, Gesundheit, Nachhaltigkeit und



Energiewende. Die Research Alliance stärkt die Wahrnehmung des Ruhrgebiets als Forschungs- und Wissensregion und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion.

Seit dem Start 2022 wurden bereits 27 neue Forschungsprofessuren besetzt, insgesamt entstehen mehr als 50 neue Professuren. Die Universitätsallianz hat vier Vollanträge in der Exzellenzstrategie als Exzellenzcluster gestellt. Die vormalige Projektförderung der Research Alliance Ruhr konnte in die Haushalte der beteiligten Universitäten eingegliedert und so gesichert werden – ein wichtiges Signal für Verstetigung und nachhaltige Strukturen. Damit wirkt die Research Alliance Ruhr weit über das Ruhrgebiet hinaus und macht die Chancenregion Ruhr als Wissenschaftsstandort international sichtbar.

SiKo Ruhr - Gemeinsam gegen Clankriminalität

Mit der Sicherheitskooperation Ruhr (SiKo Ruhr) hat das Land Nordrhein-Westfalen eine Plattform geschaffen, in der Polizei, Zoll, Bundespolizei und Kommunen ihre Kräfte im Kampf gegen Clankriminalität bündeln. Initiiert vom Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit Bundespolizei, Generalzolldirektion sowie den Städten Dortmund, Duisburg und Essen, arbeitet die Kooperation von einer zentralen Geschäftsstelle in Essen aus. Inzwischen gehören weit über 100 Netzwerkpartner dazu.

Die SiKo Ruhr stärkt durch Vernetzung, Wissenstransfer und systematischen Informationsaustausch die Arbeit ihrer Partner – von gemeinsamen Lagebildern über abgestimmte Schwerpunktaktionen bis hin zu Präventionsmaßnahmen. Das Projekt befindet sich im Wirkbetrieb und ist bis 2029 verlängert. Sie ist damit ein langfristig angelegter Baustein moderner Sicherheitsstrukturen in der Chancenregion Ruhr.

TalentWerkstätten - Neue Perspektiven für Jugendliche

Mit den TalentWerkstätten für Jugendliche im Ruhrgebiet eröffnet das Land jungen Menschen aus benachteiligten Quartieren neue Bildungs- und Zukunftschancen. Bis Ende 2024 konnten durch den innovativen Ansatz des Projektes rund 1.500 sonst schwer erreichbare Jugendliche angesprochen und in praxisorientierten Formaten bei der Berufs- und Lebensplanung unterstützt werden. Damit wurden bewährte Talentförderungsansätze um neue Wege in der Auswahl und Ansprache ergänzt.



Land und EU stellen 34 Millionen Euro für kommunale Klimaanpassung bereit

Mittel werden aufgestockt – neue Förderung auch für kleinere Maßnahmen, die lokal vor Klimafolgen schützen

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr teilt mit:

Die Landesregierung unterstützt Städte und Gemeinden beim Umgang mit den Folgen der Klimakrise und stockt den Förderaufruf „Klimaanpassung.Kommunen.NRW“ um weitere 34,2 Millionen Euro aus Landes- und EU-Mitteln im Rahmen des EFRE/JTF-Programms NRW 2021-2027 auf. Für größere Vorhaben ab 200.000 Euro stehen in der vierten Einreichungsrounde des Wettbewerbsverfahrens 21,1 Millionen Euro bereit. Zusätzlich wird erstmals eine Richtlinienförderung für kleinere Vorhaben unter 200.000 Euro angeboten, für die 13,1 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Der Aufruf richtet sich vorrangig an Kommunen, teilnahmeberechtigt sind zudem Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Kammern, Vereine und Stiftungen.

Umweltminister Oliver Krischer erklärt: „Hitze, Starkregen oder Hochwasser sind keine abstrakten Risiken, sondern betreffen den Alltag vieler Menschen in Nordrhein-Westfalen schon heute. Klimaanpassung ist deshalb Daseinsvorsorge. Mit den zusätzlichen Mitteln geben wir Kommunen die Möglichkeit, gezielt vorzusorgen – von Verschattungsmaßnahmen auf Schulhöfen bis zur Entsiegelung von Flächen oder der Errichtung von Retentionsflächen.“

Für den Wettbewerb gilt weiterhin das zweistufige Verfahren. Antragstellende müssen ihre Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels nachweisen und die Wirksamkeit des Vorhabens erläutern. Projektskizzen für die vierte Einreichrunde können ab sofort bis zum 29. Januar 2026 bei der Innovationsförderagentur NRW (IN.NRW) eingereicht werden, die auch Beratung anbietet. Förderfähig sind insbesondere investive Maßnahmen wie die Entsiegelung befestigter Flächen, das Anlegen von Mulden, Rigolen oder Retentionsflächen sowie Maßnahmen zur Kühlung und Verschattung.

Neu hinzu kommt eine Richtlinienförderung für Projekte unter 200.000 Euro. Sie erfolgt nach dem Windhundprinzip, das heißt: Anträge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs bewilligt, solange Mittel verfügbar sind. Anträge können ab sofort gestellt werden, die Frist endet am 31. Dezember 2026. Unterstützt werden Maßnahmen, die



die Verwundbarkeit gegenüber Hitze, Starkregen oder anderen Klimafolgen verringern und unmittelbar zur lokalen Klimavorsorge beitragen.

Hintergrund

Für zukunftsweisende, nachhaltige und innovative Vorhaben in Nordrhein-Westfalen stehen im EFRE/JTF-Programm NRW 2021-2027 EU-Mittel in Höhe von 1,9 Milliarden Euro des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und des Just Transition Funds (JTF) zur Verfügung. Hinzu kommen eine Ko-Finanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen und Eigenanteile der Projekte. Unterstützt werden Vorhaben aus den Themenfeldern Innovation, Nachhaltigkeit, Mittelstandsförderung, Lebensqualität, Mobilität, Strukturwandel in Kohlerückzugsregionen sowie strategische Technologien und Wettbewerbsfähigkeit. Weitere Informationen unter www.efre.nrw.

Landesehrenpreis für Lebensmittel NRW 2025: Ministerin Gorißen verleiht Auszeichnung an 65 nordrhein-westfälische Unternehmen

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz teilt mit:

Herzhafte Frikadellen aus regionaler Produktion, edle Printen, die auch weit über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus beliebt sind, oder Obstsaft aus Früchten von heimischen Streuobstwiesen: Nordrhein-Westfalen hat eine starke, regionale Ernährungswirtschaft, die über das Land hinausstrahlt. Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin Silke Gorißen hat deshalb am Montag, 24. November, in Düsseldorf 65 Unternehmen aus verschiedenen Bereichen der nordrhein-westfälischen Ernährungswirtschaft mit dem „Landesehrenpreis für Lebensmittel NRW“ ausgezeichnet.

Ministerin Silke Gorißen: „Die Ernährungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist erstklassig! Der Landesehrenpreis unterstreicht Jahr für Jahr, dass Nordrhein-Westfalen eine führende Region für die Herstellung hochwertiger, moderner und regionaler Lebensmittel ist.“ Die Ministerin sagte zudem: „Ob es die kleine, traditionelle Bäckerei um die Ecke ist, ein erfolgreicher Mittelstandsbetrieb oder ein international agierendes Unternehmen mit Sitz in Nordrhein-Westfalen – Nordrhein-Westfalen bietet eine breite Vielfalt an Firmen, die hervorragende Lebensmittel in höchster Qualität herstellen. Darüber hinaus zeichnen sich diese Betriebe durch ihr großes Engagement in



Gesellschaft und Nachhaltigkeit aus. Mit dem Landespreis für Lebensmittel drücken wir diesen Betrieben unsere Wertschätzung aus. Meinen herzlichen Glückwunsch an alle Preisträgerinnen und Preisträger des Landesehrenpreises für Lebensmittel NRW!"

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz vergibt den Ehrenpreis seit mehr als fünfzehn Jahren. Voraussetzungen für die Auszeichnung sind neben der hohen Qualität ihrer Produkte – es muss ein aktuelles Siegel der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG e.V.) in Gold vorliegen – auch der Einsatz für Gesellschaft und Nachhaltigkeit. So müssen die Unternehmen mit ihrem Produktionsstandort in Nordrhein-Westfalen Nachwuchs ausbilden und ihren Beschäftigten eine faire Bezahlung gewährleisten. Mit der Auszeichnung einher geht ein Impuls für nachhaltige Produktion.

Die 65 ausgezeichneten Unternehmen dürfen den Preis zwei Jahre lang für ihre Kommunikation und auf ihren Produktauszeichnungen nutzen. Damit bietet der Landesehrenpreis Verbraucherinnen und Verbrauchern eine Orientierungsmöglichkeit für qualitativ hochwertige und regional hergestellte Lebensmittel „made in NRW“.

Ministerin Silke Gorißen: „Viele Verbraucher schätzen unsere heimischen und frischen Erzeugnisse, die von herausragender Qualität sind. Deshalb treten wir noch stärker dafür ein, dass mehr regionale Lebensmittel aus unserem Land im Handel angeboten und sichtbar werden. Regionale Produkte stärken auch die Identität des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen.“

In diesem Jahr gibt es eine Besonderheit: Es haben sich zwei Fachbereiche des Helene-Weber-Berufskollegs in Paderborn für den Landesehrenpreis für Lebensmittel NRW qualifiziert. Sie werden für Ihre besonderen Leistungen in der Nachwuchsförderung ausgezeichnet und gewürdigt.

Rund 300.000 Menschen arbeiten in der Land- und Ernährungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Die Branche gehört damit zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen und den größten Arbeitgebern in unserem Land. Der Landesregierung ist es ein Anliegen, die Regionalität der Lebensmittelherstellung in Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken und auch die Öffentlichkeit auf die wichtige Bedeutung der starken Ernährungswirtschaft hinzuweisen.



Hintergrund Preisverleihung:

Eröffnet wurde die Preisverleihung von Staatssekretär Dr. Martin Berges. In diesem Jahr wurden auf der Verleihung auch verschiedene Fachvorträge von Referentinnen und Referenten gehalten. Prof. Dr. Holger Buxel, Professor für Marketing in der Lebensmittelwirtschaft an der FH Münster, sprach über nachhaltige Lebensmittelverpackungen. Judith Freisburger vom Kompetenzzentrum für Fachkräftesicherung am Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. hielt einen Vortrag zum Thema „Arbeitgebermagnet statt Fachkräftemangel – Wie Unternehmen ihre Attraktivität steigern und Talente gewinnen“. Außerdem stellte Dr. Svea Pacyna-Schürheck vom Verein Ernährung-NRW die Plattform die Mahlzeitenmacher aus Nordrhein-Westfalen zu regionalen Lieferketten für die Außer-Haus-Verpflegung vor.

Staatssekretärin Andrea Milz zeichnet zehn Unternehmen für ihr gesellschaftliches Engagement aus

Die Staatskanzlei teilt mit:

Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt, Andrea Milz, hat am Montag, 24.11.2025, in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zehn Unternehmen die Auszeichnung „Engagementfreundliches Unternehmen in Nordrhein-Westfalen“ überreicht. „Viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen unterstützen ihre sich ehrenamtlich engagierenden Mitarbeitenden im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten. Mit ihrem Einsatz für das Gemeinwohl leisten diese Unternehmen einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft“, sagte Staatssekretärin Andrea Milz, die diese Initiative ausgelobt hatte.

Um die Auszeichnung konnten sich privatwirtschaftliche Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Nordrhein-Westfalen bewerben, die Mitarbeitende für ehrenamtliche oder freiwillige Tätigkeiten unter Fortzahlung des Entgelts freistellen, gemeinnützige Tätigkeiten gemeinsam mit den Mitarbeitenden im Rahmen der vergüteten Arbeitszeit umsetzen („Corporate Volunteering“) oder andere Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ihrer Mitarbeitenden durchführen.

Staatssekretärin Andrea Milz: „Die Auszeichnung „Engagementfreundliches Unternehmen in Nordrhein-Westfalen“ hat das Ziel, das unternehmerische Engagement sichtbarer zu machen, vorbildliche Unternehmen zu würdigen und sie im Wettbewerb

um Fachkräfte zu stärken. Gleichzeitig dient die Auszeichnung als Wegweiser für Engagierte bei der Suche nach einem Unternehmen, das die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf ermöglicht.“

Eine Jury unter Vorsitz von Staatssekretärin Andrea Milz hatte die eingereichten Bewerbungen gesichtet und zehn vorbildliche Unternehmen – von Kleinstunternehmen bis Großunternehmen – ausgewählt, die mit ihren Bewerbungen besonders überzeugt hatten.

Folgende Unternehmen erhielten die Auszeichnung „Engagementfreundliches Unternehmen in Nordrhein-Westfalen“:

- ProjectPartner Kleeschulte GmbH aus Büren
- KNIPEX Werk C. Gustav Putsch KG aus Wuppertal
- Radio Ruhrpott GmbH aus Kamen
- Myconsult GmbH aus Salzkotten
- Elvermann Schalttechnik GmbH aus Dorsten
- Diagramm Halbach GmbH & Co. KG aus Schwerte
- Empat GmbH & Co. KG aus Meerbusch
- Sika Deutschland CH AG & Co KG aus Rosendahl
- Ford-Werke GmbH aus Köln
- Tanzhaus Bonn GmbH aus Bonn

Die Landesregierung zeichnet fünf neue Europaschulen aus

Schulen aus Bünde, Dortmund, Herne, Paderborn und Rietberg gehören ab sofort zum Kreis der Europaschulen in Nordrhein-Westfalen

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei und das Ministerium für Schule und Bildung teilen mit:



Die Landesregierung hat fünf weitere Schulen mit dem Zertifikat „Europaschule in Nordrhein-Westfalen“ ausgezeichnet. Neu hinzugekommen sind Schulen aus Bünde, Dortmund, Herne, Paderborn und Rietberg. 25 Schulen wurden anlässlich ihres 15-jährigen Bestehens als Europaschule geehrt. Europaminister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski, die Ministerin für Schule und Bildung Dorothee Feller und der Landtagspräsident André Kuper hatten gemeinsam zur 15. Jahrestagung der Europaschulen in den Düsseldorfer Landtag eingeladen.

Schulministerin Feller: „Die Auszeichnung als Europaschule steht für Schulen, die Brücken bauen. Sie steht für ein Lernen, das Grenzen überwindet, Sprachen verbindet und Verständigung lebt. Ich gratuliere den fünf Schulen, die heute in den Kreis der Europaschulen aufgenommen werden und heiße Sie herzlich willkommen. Sie zeigen mit beeindruckender Motivation, dass Europabildung kein Zusatz ist, sondern eine Haltung. Ich bedanke mich bei allen Schulen für Ihren Einsatz, Ihre Leidenschaft und Ihren Mut, Europa fest im Schulalltag zu verankern.“

Europaminister Liminski: „Entscheidungen der Europäischen Union haben auch direkte Auswirkungen auf uns in Nordrhein-Westfalen, von Infrastruktur bis zur Ausbildung. Unsere Europaschulen sind ein wichtiges Bindeglied, um die regionale mit der europäischen Ebene zu verknüpfen. Ihnen gelingt es, den großen Mehrwert der Zusammenarbeit in unserer Staatengemeinschaft verständlich zu machen und durch vielfältige Projekte und Fremdsprachenangebote auch unmittelbar erlebbar zu machen. Denn Sprache überwindet Barrieren – nicht nur zwischen Ländern, sondern auch in den Köpfen der Menschen.“

Stefan Engstfeld MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Europa und Internationales im Landtag: „Als Parlament mitten im Herzen der EU ist es uns ein besonderes Anliegen, Europakompetenz zu stärken. Denn Europa bleibt nur dann stark, wenn junge Menschen erleben, dass Zusammenarbeit über Grenzen hinweg ihr Leben bereichert. Europaschulen öffnen jungen Menschen Türen zu neuen Sprachen, Perspektiven und Partnerschaften – und damit zu einem Europa, das sie selbstbewusst in die Zukunft tragen.“

Der Festakt wurde musikalisch begleitet vom gemeinsamen Schulorchester des Carl-Fuhlrott-Gymnasiums und der Friedrich-Bayer-Realschule aus Wuppertal. Nach der Auszeichnung der fünf neuen Europaschulen hat der Gründer und Direktor a.D. des



niederländischen Freiheitsmuseums in Groesbeek, Drs. Wiel P.H. Lenders, einen Impuls vortrag mit dem Titel „Erinnern für die Zukunft“ gehalten. In einer anschließenden Podiumsdiskussion hat er sich mit Schülerinnen und Schülern über Europa, „Ausblick auf 80 Jahre Nordrhein-Westfalen“, und das bevorstehende Jubiläum des Landes Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr ausgetauscht.

Die 2025 neu zertifizierten Europaschulen:

- Freiherr-vom-Stein Gymnasium, Bünde
- Weingartenschule am See, Dortmund
- Gymnasium Eickel, Herne
- Pelizaeus-Gymnasium, Paderborn
- Richard-von-Weizsäcker Gesamtschule, Rietberg

Eine Liste aller Europaschulen finden Sie unter www.europaschulen.nrw.de.

Hintergrund

Europaschulen zeichnen sich durch ein erweitertes Fremdsprachenangebot und die vertiefte Vermittlung europaorientierter Kenntnisse aus. Durch Austauschprogramme mit europäischen Partnern, etwa durch die Vermittlung von Berufspraktika im europäischen Ausland, fördern sie die interkulturellen Kompetenzen ihrer Schülerinnen und Schüler. Das Zertifikat wird den Schulen für fünf Jahre verliehen. Danach müssen die Schulen ihr Europakonzept erneut bewerten lassen, um die Auszeichnung zu behalten.

Kontrollaktion in der Paketbranche: Teils gravierende Mängel im Arbeitsschutz

Minister Laumann: Zum Schutz der Paketbotinnen und -boten brauchen wir schärfere gesetzliche Vorgaben

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

Auf Initiative des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat die staatliche Arbeitsschutzverwaltung von Mai bis August 2025 eine landesweite Kontrollaktion in der Kurier-, Express-, und Paket-(KEP-) Branche durchgeführt. Dabei wurden 57

Subunternehmen von Verteilzentren sowie ein Unternehmen kontrolliert und 225 Paketzustellerinnen und -zusteller befragt. Ergebnis: Bei den kontrollierten Subunternehmen wurden zum Teil gravierende Mängel im Arbeitsschutz festgestellt. Die Arbeitsschutzverwaltung prüfte insbesondere die Arbeitsbedingungen in der Branche und unter welchen Rahmenbedingungen die Zustellerinnen und Zusteller bei den Subunternehmen beschäftigt sind. Beteiligt waren insgesamt rund 50 Aufsichtsbeamten und -beamte der Arbeitsschutzverwaltung.

Das MAGS hat am Montag, 24. November 2025, in Düsseldorf die detaillierten Ergebnisse der Kontrollaktion vorgestellt, die auf ein strukturelles Defizit im Arbeitsschutz schließen lassen. Die folgenden Daten beziehen sich auf 54 der 57 kontrollierten Subunternehmen, die bisher vollständig analysiert werden konnten: Bei 59 Prozent der 54 Subunternehmen wurden gravierende Mängel in den Grundlagen des betrieblichen Arbeitsschutzes festgestellt. Bei 35 Prozent der Subunternehmen wurden mittelschwere Defizite in den Arbeitsschutzgrundlagen ermittelt. Zu den Mängeln zählt, dass die gesetzlich vorgeschriebene Gefährdungsbeurteilung nicht oder nicht vollständig vorliegt. Ein weiterer Mangel ist beispielweise, dass die ebenfalls vorgeschriebene Arbeitsschutzunterweisung der Angestellten nicht oder nicht vollständig durchgeführt wurde. Lediglich bei sechs Prozent der Subunternehmen wurden keine relevanten Mängel erfasst.

„Gerade in der Vorweihnachtszeit wird besonders deutlich, wie wichtig die Arbeit der Paketbotinnen und -boten und wie hoch zugleich ihre Arbeitsbelastung ist. Bei Wind und Wetter liefern sie Bestellungen jeglicher Art und haben damit auch einen Anteil daran, dass viele Menschen ein schönes Fest haben. Gleichzeitig lastet – mit Blick auf die Gewichte der Pakete zum Teil sogar wortwörtlich – aufgrund des hohen Paketaufkommens eine immens hohe Last auf ihnen. Aus meiner Sicht sprechen die Ergebnisse unserer Kontrollaktion und die festgestellten Defizite eine eindeutige Sprache: In der KEP-Branche darf es nicht so weitergehen wie bisher. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Paketbotinnen und -boten ihre Arbeit unter guten Rahmenbedingungen verrichten können und die gesetzlichen Arbeitsschutzvorgaben für die Branche, die auf Bundesebene liegen, verschärfen“, erklärt Arbeitsminister Karl-Josef Laumann.

Um die Arbeitsausbeutung in der Branche zu bekämpfen, braucht es vor allem eine Pflicht zur digitalen manipulationssicheren Arbeitszeitaufzeichnung für Paketzusteller



„Die Kontrollen haben gezeigt, dass man es mit der Arbeitszeiterfassung ganz offensichtlich oft nicht so ernst nimmt. Das geht natürlich nicht. Denn wenn mit den Arbeitszeiten Schindluder betrieben wird, ist das für die Betroffenen geradezu eine existenzielle Frage. Unsere Kontrolle hat gezeigt, dass sowohl die Technik als auch der Bedarf für eine digitale manipulationssichere Arbeitszeitaufzeichnung da sind“, so Laumann weiter.

Die Kontrollen würden darüber hinaus erneut zeigen, wie wichtig die Debatte um ein Verbot von Werkverträgen in der Branche ist: „Mit einem Werkvertragsverbot löst man das in der Branche gängige Subunternehmertum auf, erleichtert Kontrollen und die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsschutzzvorschriften. Das untermauern die guten Erfahrungen aus der Fleischindustrie, nachdem dort Werkverträge verboten wurden. Auch das würde die Arbeitsbedingungen in der Branche massiv verbessern. Es soll geprüft werden, ob Ausnahmen möglich sind, wenn Subunternehmen ausschließlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zu tariflichen Entgeltbedingungen einsetzen.“

Weitere Ergebnisse der Kontrollaktion im Überblick

Die Kontrollaktion zeigte außerdem, dass Instrumente, die eine digitale **Erfassung der Arbeitszeit** ermöglichen (zum Beispiel Handscanner und Apps), in den Subunternehmen der KEP-Branche bereits weit verbreitet sind. Verwendet werden diese Instrumente jedoch zum Großteil nicht für die tatsächliche Arbeitszeiterfassung, sondern für die digitale Paketverfolgung. Gleichzeitig berichteten einige der befragten Zusteller und Zustellerinnen, dass ein Teil der verrichteten Tätigkeiten (wie zum Beispiel Tanken, Be- und Entladen des Fahrzeugs und Fahrzeugpflege) nicht als Arbeitszeit erfasst und aufgezeichnet wird, obwohl sie als solche erfasst werden muss. Das widerspricht dem Arbeitszeitgesetz. Für einen Teil der Beschäftigten wird die Arbeitszeit überhaupt nicht erfasst.

Zudem wurde bei der Aktion zwar festgestellt, dass Pakete mit einem Gewicht von über zehn Kilogramm – so wie es das Postgesetz (PostG) vorsieht – überwiegend gekennzeichnet waren. Allerdings fehlt es nach Angaben der Zustellerinnen und Zusteller in einem Teil der Subunternehmen an den ebenfalls im PostG vorgeschriebenen Hilfsmitteln für den Transport von **schweren Paketen** wie Sackkarren oder diese werden nicht eingesetzt.

Auch **Persönliche Schutzausrüstung (PSA)** fehlte in einigen Betrieben. Einige Paketzustellerinnen und -zusteller waren unzureichend mit Handschuhen, Sicherheitsschuhen oder Witterungsschutz ausgestattet. Zum Teil wird notwendige PSA nicht zur Verfügung gestellt und zum Teil wird vorhandene PSA nicht genutzt.

Die staatliche Arbeitsschutzverwaltung hat bei den kontrollierten Subunternehmen die Beseitigung der festgestellten Mängel angeordnet. Dies wird von der Arbeitsschutzverwaltung auch konsequent kontrolliert.

Start der neuen Plattform „Aktiv gegen Vermüllung NRW“ – Gemeinsam für saubere Städte und Straßen

Aktionsseite bündelt Best-Practice-Beispiele, Materialien und Mitmachangebote, um Engagement zu stärken

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr teilt mit:

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr hat eine neue Online-Plattform „Aktiv gegen Vermüllung NRW“ freigeschaltet. Die Service-Seite vernetzt Initiativen, Vereine, Schulen, Verwaltungen und engagierte Bürgerinnen und Bürger im Einsatz für eine saubere Umwelt. Auf der Seite finden sie Anregungen, Hilfen, Best-Practice-Beispiele und Mitmach-Angebote. Ziel ist es, die Aktionen aufeinander abzustimmen, Engagement zu stärken und mehr Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen. „Jede und jeder kann einen Beitrag leisten, damit weniger Müll achtlos in der Umwelt landet. Wer sich engagiert, übernimmt auch in Zukunft Verantwortung“, sagt Umweltminister Oliver Krischer. Das Land ermöglicht mit der Plattform erstmals einen zentralen Überblick über alle Aktivitäten.

Vermüllung des öffentlichen Raums ist in vielen Städten und Gemeinden zu einer wachsenden Herausforderung geworden. Verpackungsabfälle, to-go-Becher oder illegal entsorgter Sperrmüll belasten Straßen, Parks und Landschaften. Gleichzeitig engagieren sich Menschen freiwillig für Sauberkeit – oft jedoch ohne voneinander zu wissen, mit parallelen Aktionen oder fehlender Sichtbarkeit und Ankerkennung. Genau hier setzt „Aktiv gegen Vermüllung“ an: Die Plattform bietet einen zentralen Ort, an dem sich alle Engagierten finden, austauschen und ihre Aktionen veröffentlichen können. Clean-up-Gruppen erhalten damit nicht nur mehr Reichweite, sondern auch Zugang zu Tipps, Werkzeugen und Kooperationspartnern.



Die Seite wurde gemeinsam mit dem Landesamt für Natur, Umwelt und Klima (LANUK) entwickelt. Beteiligt waren auch die Kommunalen Spitzenverbände, der Verband kommunaler Unternehmen NRW und die Verbraucherzentrale NRW sowie einzelne Kommunen. Das LANUK wird die Plattform betreuen und weiterentwickeln.

Elke Reichert, Präsidentin des LANUK, erklärt: „Viele Kommunen, aber auch Schulen, Vereine und private Initiativen engagieren sich gegen wild abgelagerten Müll. Die Vielfalt von Akteuren und deren Arbeit wird jetzt erstmals landesweit sichtbar. Unsere neue Internet-Plattform bündelt Wissen und Erfahrungen. Wer in den Kommunen Lösungen sucht oder sich ehrenamtlich engagieren möchte, findet hier schnell Beispiele. Wir zeigen Methoden und Erfolge, die Mut machen und Entscheidungen erleichtern sollen.“

Zu den Angeboten auf der Seite zählen Übersichten über laufende Maßnahmen wie „Mülldetektive“, „Clean-Ups“, Abfallberatung, Hinweise für Aktive, die selbst eine Aktion starten wollen, Materialien für Bildung, Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit und die Integration der Mitmachkarte der Verbraucherzentrale NRW. Das Angebot ergänzt damit weitere Maßnahmen des Landes, darunter die jährliche Abfallvermeidungstagung, die Förderung von Umweltbildungsangeboten und die Unterstützung der Verbraucherzentrale NRW bei Sensibilisierungsmaßnahmen.